

Nachholen von Schulabschlüssen – in Niedersachsen auf dem außerschulischen Zweiten Bildungsweg

von Michael Wehner

- 8.512 Abgängerinnen und Abgänger verließen im Jahre 2001 die allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen ohne Schulabschluss, das waren 10,1 % - Tendenz steigend.
- Im benachbarten Nordrhein-Westfalen lag die Quote hingegen nur bei 6,8%.
- Diese Zahlen veröffentlichte kürzlich das Niedersächsische Landesamt für Statistik.
- Hinzu kommt die Zahl derjenigen, die ihr erworbener Schulabschluss nicht weiterführt wie Hauptschülerinnen und –schüler ohne Ausbildungsplatz.

Es besteht also Handlungsbedarf, auch ohne „Pisa-Schock“ ... Handlungsbedarf? für wen?

Im Bundesland Niedersachsen ist die Aufgabe, Schulabschlüsse nachträglich zu vermitteln, der Erwachsenenbildung übertragen worden. Ausnahmen bilden lediglich die Abendgymnasien und Kollegs, zu denen die Volkshochschulen allerdings Komplementärangebote („Abendoberschulen“) machen.

Und so wurden im Jahre 2001 an niedersächsischen Volkshochschulen nahezu 180.000 Unterrichtsstunden in Kursen des Zweiten Bildungswegs erteilt – mehrheitlich in solchen, die auf den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen vorbereiteten.

Der niedersächsische Weg, „**Nachqualifizierungen**“ zu ermöglichen, ist bundesweit die Ausnahme, aber er ist für das Land sehr preisgünstig. Denn den Gestaltungsauftrag des Landes haben vor allem Volkshochschulen angenommen und Schulabschlusskurse im Rahmen ihrer sonstigen Strukturen angeboten. Sie bieten dabei Lehrerinnen und Lehrern Lehraufträge für selbstständig tätige Dozenten an wie beispielsweise auch für ein Wochenendseminar „*Digitalfotografie*“. Bezahlt wird die erteilte Unterrichtsstunde, Vor- und Nachbereitung inklusive, mehr nicht. Eine kostengünstige Angebotsform!

So werden in Niedersachsen mehr als 80 Prozent der Unterrichtsstunden im Zweiten Bildungsweg von Honorarkräften erteilt. Bis Ende der neunziger Jahre schienen diese Angebotsstrukturen weitgehend unproblematisch zu sein: Die Lehrerarbeitslosigkeit hatte dazu geführt, dass viele Betroffene ihre Qualifikation im Zweiten Bildungsweg erhielten und erweiterten.

Lehrerinnen- und Lehrerarbeitsmarkt

Die veränderte Einstellungssituation im niedersächsischen Schuldienst hat jedoch dazu geführt, dass selbst Lehrkräfte, die mehr als ein Jahrzehnt im Zweiten Bildungsweg tätig gewesen waren, nunmehr Stellenangebote im allgemein bildenden

Schulwesen erhalten haben. Die Fluktuation in den Kollegien der verschiedenen Kursangebote zum Nachholen von Schulabschlüssen hat seit 1999 dramatische Formen angenommen. Lehrkräfte scheiden oft schon nach einem halben Jahr aus einem VHS-Kurs wieder aus, da sie attraktivere Planstellen im staatlichen Schuldienst angeboten bekommen. Die Schülerinnen und Schüler der Kurse des Zweiten Bildungsweges sind (erneut) benachteiligt.

Es kursiert der Spruch, „in der VHS-Realschule lernst du unheimlich viele Lehrer kennen – und was lernste sonst noch?“

Sozialversicherungsrecht

Zusätzlich ist der Programmbereich Zweiter Bildungsweg der Volkshochschulen unter Druck geraten, da seit Dezember 1998 gesetzgeberische Maßnahmen der Bundesregierung die gesetzliche Rentenversicherung ins Spiel gebracht haben: Vor dem Hintergrund der Diskussionen um Scheinselbständigkeit und die soziale Schutzbedürftigkeit selbständig tätiger Lehrkräfte werden Beiträge zur Rentenversicherung fällig. Diese müssen allein von den Kursleiterinnen und Kursleitern getragen werden. Dieses ist insofern neu, als die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in den vergangenen Jahrzehnten auch auf Anfrage keine Beitragsforderungen gestellt hatte. Für Kursleitende bedeutet die neue Pflicht eine etwa 20-prozentige Minderung ihrer Einkünfte, ohne dass Rentenansprüche in nennenswerter Höhe erworben werden können.

Die ohnehin nicht üppigen Einkünfte aus der Lehrtätigkeit müssen also nicht nur versteuert werden, es müssen darüber hinaus die anfallenden Beiträge zur Sozialversicherung allein getragen werden.

Auch wenn die Gesamtproblematik mittlerweile vor den Sozialgerichten geklärt wird – Ergebnis offen – haben viele Lehrkräfte bereits Konsequenzen gezogen: Sie haben ihre Wochenstundenzahl drastisch reduziert, um unter der Geringfügigkeitsgrenze zu bleiben, bis zu der Rentenversicherungsbeiträge nicht fällig werden - oder sie haben ihre Lehrtätigkeit ganz aufgegeben.

Arbeitsrecht

Vor diesem Hintergrund finden seit etwa zwei Jahren Statusüberprüfungen auch im arbeitsrechtlichen Sinne statt:

Ist die Lehrtätigkeit in Vorbereitungskursen auf eine staatliche Schulabschlussprüfung tatsächlich in Gestalt einer selbstständigen Ausübung möglich?

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen hat entschieden, dass sich das Unterrichten in diesem Programmbereich der Erwachsenenbildung einer selbstständigen Gestaltung entzieht; dass folglich zwischen Lehrenden und Bildungseinrichtungen ein Arbeitsverhältnis besteht.

Dieses ungeachtet der gesetzlichen Rahmenbedingungen in Niedersachsen, die das Nachholen von Schulabschlüssen durch nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und Erwachsene zu einer Nebenaufgabe der Erwachsenenbildung gemacht haben. Die Richter haben erkannt, dass im Zweiten Bildungsweg Schulunterricht stattfindet wie in den vergleichbaren allgemein bildenden Schulen. Dem muss Rechnung getragen werden.

Wird das Urteil rechtskräftig, was zu erwarten ist, da eine Revision wegen fehlenden weiteren Klärungsbedarfs nicht zugelassen wurde, müssen vermutlich Hunderte

Lehrkräfte Arbeitsverträge erhalten. Oder die Volkshochschulen müssen den Programmbereich „Nachholen von Schulabschlüssen“ aufgeben.

Hannover zum Beispiel

Viele Menschen verbinden mit dem Zweiten Bildungsweg lediglich Abendgymnasien. Um diese Sichtweise zu korrigieren **ein Blick in die niedersächsische Landeshauptstadt:**

Die VHS Hannover unterhält seit mehr als zwei Jahrzehnten den bundesweit größten Zweiten Bildungsweg innerhalb der außerschulischen Erwachsenenbildung.

Keine andere Volkshochschule bietet ein so breit gefächertes Angebot, das von der Alphabetisierung bis zur Vorbereitung auf die Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler reicht.

Das Jahr 2001 in Zahlen

In jährlich etwa **30.000** Unterrichtsstunden werden mehr als **600** Jugendliche und junge Erwachsene¹ von ca. **100** Lehrkräften unterrichtet und etwa **200** Schulabschlüsse vergeben.

Im Sekundarbereich I (Haupt- und Realschule) gab es 2001 **26** Kurse bzw. Klassen und mehr als **60** Lehrerinnen und Lehrer erteilten fast **24.000** Unterrichtsstunden.

Fazit. Die Gesetzgebung ist gefordert

Das niedersächsische Modell des außerschulischen Zweiten Bildungsweges ist also massiv gefährdet. Es gelingt in den lernintensiven, prüfungsbezogenen und mehrsemestrigen Angebotsformen kaum noch, die Kontinuität und bisher unstrittige Qualität zu gewährleisten. Die skizzierten Veränderungen machen die Frage notwendig, ob **die bisherige Organisationsform des außerschulischen Zweiten Bildungsweges**, für die das Land die Verantwortung trägt, aufrecht erhalten werden kann. Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Arbeit mit arbeits- und perspektivlosen jungen Menschen ohne de facto „weiter führenden“ Schulabschluss kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Das belegt die Nachfrage nach Kursen gerade im Sekundarbereich I.

Noch nimmt die VHS Hannover die bildungs-, sozial-, aber auch beschäftigungspolitische Herausforderung an, ohne dass ihr der Aufbau entsprechend professioneller Strukturen ermöglicht wird. Eine **originäre Bildungsaufgabe des Landes** wird rechtlich, personell und materiell ausgestattet wie ein Angebot zur Freizeitgestaltung. Allein die Förderung als gemeinwohlorientierte Bildungsarbeit nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz wird die Zukunft des Zweiten Bildungsweges nicht sichern können. Sie muss von einem anderen System der Förderung abgelöst werden, will man die gesamte Arbeit des außerschulischen Zweiten Bildungsweges nicht in Kürze abwickeln. Die Gesetzgebung des Landes Niedersachsen ist gefordert, sehr bald schon!

¹ mehr als 80 Prozent der Teilnehmenden sind jünger als 25 Jahre ...

Hauptschulabschlusskurse bei der Bildungsvereinigung

Arbeit und Leben

von Ralf Kempe

Vorbemerkung

Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben führt seit vielen Jahren Vorbereitungskurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses (Hauptschulabschlusskurse) durch. In Hannover geschieht dies an unterschiedlichen Standorten und teilweise in Kooperationen. Die Zahl der Teilnehmer bleibt dabei seit Jahren relativ konstant und im Durchschnitt bestehen 50 – 70 Prozent der Teilnehmer die Prüfung.

Bedeutung der Hauptschulabschlusskurse

Das Ziel der Kurse ist die nachträgliche Erlangung des Hauptschulabschlusses, der Unterricht ist inhaltlich auf die Rahmenrichtlinien für Hauptschulen ausgerichtet. Die Prüfung wird von einer externen Prüfungskommission abgenommen, an der Prüfung nehmen die angemeldeten Jugendlichen geschlossen als Kurs teil. Mit diesen Kursen sollen auch die Jugendlichen, die im Regelschulsystem keinen Schulabschluss erreicht haben, eine Chance bekommen, den Hauptschulabschluss zu erlangen. Mit einem Hauptschulabschluss könnten die Möglichkeiten auch dieser Teilnehmer auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt verbessert werden.

Die Teilnehmer kommen aus unterschiedlichsten sozialen Verhältnissen, häufig aus Heimen bzw. Jugendwohngruppen oder werden von anderen Einrichtungen (Jugendhilfe, Arbeitsamt, Sozialämter etc.) an uns vermittelt. Überwiegend kommen sie aus sozial schwächeren Familien, der Anteil ausländischer Teilnehmer liegt meistens über 50 Prozent, es gibt fast doppelt so viele männliche wie weibliche Teilnehmer. Mit den HSA-Kursen existiert ein wichtiges Angebot auch für Jugendliche, die sonst nicht gefördert werden können, wenn sie z.B.:

- über das Arbeitsamt nicht erreicht werden
- eine längere Unterrichtsphase benötigen
- noch erhebliche Sprachdefizite aufweisen
- in größeren Lerngruppen nicht erfolgreich gefördert werden können

Fast alle Teilnehmer sind aus den unterschiedlichsten Gründen in der Regelschule gescheitert und haben häufig eine demotivierende Schulkarriere hinter sich. In kleineren Lerngruppen, was in einer Regelschule gar nicht möglich wäre, sollen diese Jugendlichen mit alternativen Vorgehensweisen angesprochen werden, die Teilnehmer sollen ggf. vorhandene Schulängste bzw. Aversionen gegen alles, was mit Schule zusammenhängt, überwinden lernen. Sie sollen erkennen können, dass sie mit dem Scheitern ihrer Schullaufbahn keine Einzelfälle darstellen und Möglichkeiten vorhanden sind, trotzdem noch weiterzukommen. Neben dem Aufbau von Motivation ist es von großer Bedeutung die individuellen Voraussetzungen der Teilnehmer zu erkennen und bestehende Ängste so weit wie möglich abzubauen. Ebenso ist eine Eingewöhnung in die für eine erfolgreiche Kursteilnahme notwendigen Arbeitsformen bei den meisten Teilnehmern dringend erforderlich. Bei vielen Teilnehmern gibt es

teilweise erhebliche Defizite bei den Grundtechniken und vor allem auch große Probleme in den Bereichen Lernkompetenz und soziales Verhalten. Diese Lerngruppen sind ausgesprochen heterogen, hier muss verstärkt mit entsprechender Binnendifferenzierung vorgegangen werden, auch hierfür sind kleinere Kurse besser geeignet. Die Teilnehmer haben zudem ihre Schulpflicht erfüllt und können ihren Hauptschulabschluss nicht im Regelschulsystem nachholen.

Ausländische Teilnehmer haben häufig neben den üblichen sprachlichen Defiziten auch Probleme sozio-kultureller Art. Integrationsprobleme, bedingt u. a. durch das Aufwachsen zwischen zwei Kulturen, insbesondere aber auch durch Sprachschwierigkeiten führen immer wieder zu Spannungen - auch unter den Jugendlichen. Deshalb sind unserer Ansicht nach entsprechende pädagogische Konzepte erforderlich, mit denen die Schwierigkeiten dieser Teilnehmer berücksichtigt werden können, eine normale "Beschulung" kann für diesen Personenkreis nicht in Betracht kommen. Dies gilt besonders auch für Teilnehmer, die als Kinder von Aussiedlern in die Bundesrepublik kommen. Bei Teilnehmern mit Sprachdefiziten ist eine entsprechende Deutschförderung erforderlich, ohne die eine erfolgreiche Integration kaum möglich ist. Viele Jugendliche in den Hauptschulkursen haben zudem besondere soziale Probleme (Anpassungsprobleme, Schulmüdigkeit etc.), sozial bedingte Lernbehinderungen (Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsschwierigkeiten, mangelndes Durchhaltevermögen etc.) oder Kombinationen dieser Probleme, ohne das Angebot den Hauptschulabschluss in kleinen Gruppen nachzuholen, bleiben diese Jugendlichen perspektivlos.

Gerade in einer Zeit, in der Konflikte zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Nationen und auch deutschen Jugendlichen immer öfter in die Schlagzeilen geraten, ist es unverzichtbar, mit integrativen Maßnahmen zu versuchen, in diesem Spannungsfeld besonders benachteiligten Jugendlichen Förderungsangebote zu machen. In Hauptschulabschlusskursen besteht die Chance, Einsicht in die Notwendigkeit einer Integration bei den Jugendlichen zu entwickeln.

Die weiter zunehmenden Anmeldezahlen von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlern mit entsprechenden Sprachdefiziten zeigen wie notwendig diese Angebote immer noch sind. Gerade dieser Zielgruppe unter den arbeitslosen Jugendlichen müssen Perspektiven geboten werden, mit denen die Jugendlichen Möglichkeiten erkennen können, ihre Lebenssituation meistern und verbessern zu können. Hinsichtlich der Vermutung, dass sich die wirtschaftliche Lage in der nächsten Zeit nicht entscheidend verbessern wird, kommt dieser motivierenden und integrierenden Funktion von HSA-Kursen ein besonderes Gewicht zu.

Vorbereitungskurse zum Erwerb der fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigung

von Ursel van Overstraeten

Das Bildungswerk ver.di führt seit Anfang der achtziger Jahre Vorbereitungskurse auf den allgemeinen Teil der so genannten Immaturenprüfung durch. Darüber hinaus bieten wir in Absprache mit der ZEW der Universität Hannover auch Fachvorbereitungen für Medizin und Sozialpädagogik an. Neben diesen unmittelbaren Erfahrungen in der Konzeptionierung und Durchführung von Vorbereitungskursen konnten sich zahlreiche Hauptamtliche Pädagogische MitarbeiterInnen als Prüfende in unterschiedlichen Prüfungskommissionen an der Universität und den Fachhochschulen einen recht guten Einblick verschaffen.

Wir beraten und informieren jährlich ca. 500 Personen, die vor der Frage einer beruflichen Umorientierung stehen. Von diesen Personen nehmen wir dann ca. 100 Teilnehmende in unsere Kurse auf. Nach Beginn der Kurse liegt die **Abbruchquote** innerhalb der ersten zwei Monate bei ca. 1%. In dieser Zeit wird eine als falsch empfundene Entscheidung korrigiert oder es stellt sich heraus, dass man sich den Anforderungen nicht gewachsen fühlt. Nach den ersten Probeklausuren bis kurz vor Beginn der Prüfungen entscheiden sich noch einmal 5 %, sich nicht oder nicht jetzt den Prüfungen zu stellen.

Durch die Betreuung der Kandidatinnen während der Prüfungen bekommen wir Rückmeldungen über ihre Erfahrungen in den laufenden Prüfungen. Dies wird durch Kontakte und Netzwerke, die wir in den laufenden Kursen geschaffen haben und durch Mithilfe der Prüfungsämter, unterstützt. Da aber für die Prüflinge nach der Prüfung eine neue Phase beginnt, erhalten wir nicht von allen Kandidaten Rückmeldungen über den Verlauf und den **Erfolg der Prüfungen**. Aus unseren langjährigen Erfahrungen wissen wir, dass ca. 10% der Kandidaten nicht beim ersten Versuch die Prüfungen bestehen. Sie scheitern häufig im allgemeinen Teil und hier im Besonderen im Fach Mathematik. Für ausländische Prüflinge sind die Prüfungen in Deutsch die größte Hürde.

Wir beobachten bei den Kandidaten eine dem Trend entsprechende Verschlechterung der Allgemeinbildung. Abgesicherte empirische Daten, die diese Beobachtung belegen, liegen aber leider nicht vor. Hinzukommt, dass die Anforderungen an die Unterrichtenden in den letzten Jahren größer geworden sind. Bedingt durch die multikulturelle **Gruppen-Zusammensetzung** finden wir sehr heterogene Lernvoraussetzungen vor.

Der Frauenanteil liegt bei ca. 60 %.

Die **Studienwünsche** der Teilnehmenden haben sich in den letzten Jahren verschoben. hatten wir vor 5 Jahren noch viele mit dem Wunsch Sozialpädagogik zu studieren, sind dies zurzeit nur noch 1 - 2%. Heute möchten 10% unserer Teilnehmenden in den medizinischen Bereich. Frauen interessieren sich vermehrt für Tiermedizin und Männer und Frauen für Human- und Zahnmedizin. Zugenommen hat das Interesse an Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaft, sowie an Elektrotechnik. Erstmals haben wir mehrere Interessentinnen für den Bereich Maschinenbau. Gleich geblieben ist ein Interesse an Jura.

In der kommenden Prüfungsperiode erwarten wir große Schwierigkeiten für die **ausländischen BewerberInnen** und hier vor allem für die Aussiedler. Da sich nach der novellierten Prüfungsordnung alle Kandidaten ab 2002 im Fach Englisch prüfen lassen müssen, ist ein Ausweichen auf die Muttersprache oder eine andere Fremdsprache, in der Grundkenntnisse erworben wurden, auf die aufgebaut werden könnte, derzeit nicht mehr möglich. Dies ist, eine starke Diskriminierung dieser Personengruppe. Einerseits wird Ihnen formal die Möglichkeit eingeräumt, sich den Prüfungen zu stellen, andererseits können sie die Voraussetzungen objektiv nicht erfüllen, da sie in der Regel keinerlei Englischkenntnisse mitbringen. Die Argumentation, dass Englisch benötigt wird, um erfolgreich studieren zu können, ist nach unserer Erfahrung nicht überzeugend. Das in der Immaturenprüfung abverlangte Englisch qualifiziert nicht dazu, Fachliteratur lesen und verarbeiten zu können. Es stellt vielmehr eine weitere Hürde auf dem Weg zu mehr Bildung und Qualifikation dar. Darüber hinaus liegen die angestrebten Fächer der Aussiedler häufig im technischen Bereich und sind erfahrungsgemäß mit sehr guten Noten zu absolvieren, ohne jemals englische Literatur verwenden zu müssen.

Vorbereitungskurse auf die Prüfung zum Erwerb der fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung für Beamtinnen und Beamte der niedersächsischen Polizei

von Susanne Müller

Seit über 30 Jahren bietet die Bildungsvereinigung ARBEIT & LEBEN Vorbereitungskurse auf die Prüfung zum Erwerb der fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung, die so genannten „Immaturenkurse“, an. Üblich sind in diesem Zusammenhang Kursangebote, die sich über den Zeitraum eines Jahres erstrecken und studierwilligen Erwachsenen, oft nebenberuflich, die entsprechende Qualifizierung in Abendunterricht bieten.

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Angebotspalette landesweit um eine neue Kursform erweitert: Die Vorbereitungskurse auf die Prüfung zum Erwerb der fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte der niedersächsischen Landespolizei.

Im Rahmen des Laufbahn übergreifenden Aufstiegs im niedersächsischen Polizeivollzugsdienst lässt das niedersächsische Innenministerium Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes zur Ausbildung für den gehobenen Dienst zu. Um die Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst ablegen zu können, müssen die Beamtinnen und Beamten ein sechssemestriges Studium an der Fachhochschule für Rechtspflege und Verwaltung - Fachbereich Polizei - absolvieren. Für die Aufnahme des Studiums ist ein anerkannter Bildungsabschluss Voraussetzung. Kolleginnen und Kollegen der Polizei die über diese Bildungsvoraussetzung nicht verfügten nahmen bisher an einem von der niedersächsischen Polizei zentral durchgeführten einjährigen Vollzeitlehrgang, zur Erlangung der Fachhochschulreife teil.

Im Zuge der Umsetzung der Polizeireform sollte die Kapazität dieses zentralen einjährigen Lehrgangs wesentlich eingeschränkt werden. Um dennoch den Fortbildungsbedarf der niedersächsischen Polizei gewährleisten zu können, kam es seinerzeit zu einer Ausschreibung des niedersächsischen Innenministeriums, um die Durchführung der Vorbereitungskurse an einen externen Bildungsträger zu vergeben.

Die Bildungsvereinigung ARBEIT und LEBEN, Nds. e.V. bewarb sich erfolgreich um den Zuschlag zur landesweiten Durchführung des entsprechenden Kursangebots: Seit 1996 wurden landesweit an den Standorten Braunschweig, Hannover und Oldenburg insgesamt knapp 30 zwölfwöchige Vorbereitungskurse für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte in Vollzeitunterricht durchgeführt.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird für diesen Zeitraum Sonderurlaub gewährt, die Kurskosten trägt das Land Niedersachsen. Pro Kurs sind 420 Unterrichtsstunden vorgesehen. Im besonderen Teil der Prüfungsvorbereitung werden sechs Unterrichtsfächer zu je rund 20 Unterrichtsstunden in

1. Kriminalistik,
2. Verkehrsrecht,

3. Materielles Recht (Strafrecht),
4. Staats- und Verfassungsrecht,
5. Eingriffsrecht / Strafprozessordnung,
6. Eingriffsrecht / Verwaltungs- und Polizeirecht

von Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule für Rechtspflege und Verwaltung - Fachbereich Polizei- unterrichtet.

Die Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen der Fachhochschule erwies sich dabei als äußerst effektiv. Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer, lernen in diesem Unterricht über die notwendige Aktualisierung bereits vorhandenen Wissens und die Vermittlung wichtiger studienrelevanter Inhalte hinaus, auch einen Teil der künftigen Fachhochschullehrenden ihres Studienbereichs kennen.

Im allgemeinen Teil der Prüfungsvorbereitung werden gemäß der Verordnung zur fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung kulturelle, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen, also im Wesentlichen sozialwissenschaftliche Kenntnisse vermittelt.

Da die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Prüfung zur Bewertung ihrer Leistung neben angemessenem Allgemeinwissen, auch die Fähigkeit Strukturen und Zusammenhänge zu erkennen, auf Selbständigkeit gegründete Denk- und Urteilsfähigkeit, und das Verständnis für wissenschaftliche Fragen nachweisen müssen, nehmen die Vermittlung von Techniken wissenschaftlichen Arbeitens, sowie das Training sozialer Kompetenzen und differenzierte Diskussionsteilnahme in den ca. 300 Unterrichtsstunden des allgemeinen Teils entsprechenden Raum ein.

Die Vorbereitungskurse münden mit der schriftlichen und mündlichen Prüfung an der Fachhochschule für Rechtspflege und Verwaltung - Fachbereich Polizei-. Die Erfolgsquoten sind erfreulich hoch. Von den inzwischen rund 600 geschulten Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnte die überwiegende Mehrheit ihr Studium gut vorbereitet aufnehmen bzw. inzwischen erfolgreich abschließen.

Alphabetisierungskurse eine originäre Aufgabe der Erwachsenenbildung

von Christa Hoffmann, Christine Stichternath, Ursel van Overstraeten

Unter dem Titel „Mut zum Weiterlernen“ - Ein Kurs für Erwachsene, die Lesen und Schreiben lernen wollen“ bietet das Bildungswerk ver.di Region Hannover Angebote für Erwachsene, die den nachträglichen Erwerb des Lesens und Schreibens sicherstellen sollen. Erwachsene erhalten damit eine Chance, ihre Lese- und Schreibfähigkeiten zu verbessern. Das Bildungswerk ver.di widmet sich seit seiner Gründung der Förderung besonders benachteiligter Gruppen. Ziel ist es, diesen Gruppen zu helfen, sich in unserer Gesellschaft besser zurechtzufinden und sich in die Arbeitswelt zu integrieren.

Seit 1998 organisieren wir in unterschiedlichen Stadtteilen Alphabetisierungskurse. Hier lernen deutsche und ausländische Analphabeten gemeinsam, ein bis zweimal in der Woche, in angstfreier Atmosphäre Lesen und Schreiben. Die Kurse sind mit ca. 7, max. 8 Teilnehmenden belegt. Diese kleinen Gruppen sind eine Voraussetzung, um die Teilnehmenden möglichst individuell betreuen zu können. Ein Kurs richtet sich ausschließlich an Frauen, an den anderen Kursen nehmen Frauen und Männer teil.

Damit möglichst viele Menschen dieses Angebot nutzen können, werden diese Maßnahmen im Rahmen der Gemeinwohlorientierten Bildung aus Eigenmitteln stark subventioniert. Die Teilnahme an den Kursen ist kostenlos, es wird lediglich eine Bearbeitungsgebühr von 15,-€ pro Halbjahr erhoben.

Durch die Anbindung an den Stadtteil wollten wir den dort Lebenden einerseits das Kommen erleichtern und andererseits den Stadtteil in die Arbeit einbeziehen. Dieses Ziel ist nur ansatzweise zu erreichen, da besonders deutsche TeilnehmerInnen aus Angst erkannt zu werden, u. U. lieber weite Wege auf sich nehmen.

Das Bildungswerk ver.di wirbt mit dem Angebot in den Stadtteilen bei den Sozialämtern und den Arbeitsämtern. Die Interessierten melden sich in der Regel telefonisch beim Bildungswerk. Bereits in der Beratung wird versucht, den Interessenten die Ängste zu nehmen und sie zu motivieren, an einem Kurs teilzunehmen. Um die Beratungsarbeit zu intensivieren, haben wir einen Fragebogen für diesen Erstkontakt entwickelt. Der wird gemeinsam vom Interessenten und dem Berater ausgefüllt.

Was ist Analphabetismus?

Die UNESCO bezeichnet als funktionalen Analphabetismus „die Unterschreitung der gesellschaftlichen Mindestanforderungen an die Beherrschung der Schriftsprache, deren Erfüllung Voraussetzung ist zur - sozial streng kontrollierten - Teilnahme an schriftlicher Kommunikation in allen Lebens- und Arbeitsbereichen“ (Drecoll/Müller: Ein Recht auf Lesen).

Es werden drei Hauptgruppen eindeutig voneinander abgegrenzt:

- Erwachsene, die weder lesen noch schreiben können.

- Erwachsene, die etwas und mühsam einfache Texte lesen, aber nicht schreiben können.
- Erwachsene, die gut lesen können, aber erhebliche Probleme beim Schreiben haben und daher Situationen vermeiden, in denen sie schreiben müssen.

Was bedeutet es Analphabet zu sein?

Viele Menschen können sich gar nicht vorstellen, was es bedeutet, ohne Kenntnisse des Lesens und Schreibens in unserer Gesellschaft zurechtzukommen. Was dies im Alltag konkret bedeutet, belegen eindrucksvoll biographische Berichte; z.B. der einer Köchin, die eine Kollegin einmal in der Woche dazu bringt, ihr den Wochenplan mit täglich drei verschiedenen Menüs vorzulesen und die dies dann bis zum Ende der Woche genau behält. Oder der Familienvater, der täglich zur Zeitung greift, um vor seiner Familie zu verbergen, dass er nicht lesen kann. Scham und der Wunsch, nicht als dumm abgestempelt zu werden, führen häufig zu Einschränkungen oder sogar der Vermeidung der Teilnahme am öffentlichen Leben. Dies bedeutet natürlich eine psychische Dauerbelastung. Problematisch ist auch die Teilnahme am Straßenverkehr oder auch das Ausfüllen von Formularen.

Wie viele Betroffene gibt es in der Bundesrepublik?

Es gibt zwar für die Bundesrepublik keine gesicherten Zahlen, meist werden Schätzungen der UNESCO zitiert, demnach sollen 0,75% bis 3% der deutschsprachigen erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik Analphabeten sein. Umgerechnet auf Hannover wären dies ca. 8000 Menschen.

Welche Ursachen gibt es für Analphabetismus?

Meistens kommen mehrere ungünstige Umstände zusammen, die dazu führen, dass jemand nicht Lesen und/oder Schreiben lernt.

In der Regel sind die Betroffenen zwar zur Schule gegangen, hatten aber:

- häufige Fehlzeiten, vor allem in den beiden ersten Schuljahren durch Krankheit, Wechsel der Schule oder familiäre Anforderungen wie Mithilfe im Haushalt oder bei der Betreuung von Geschwistern,
- ungünstige familiäre Bedingungen wie Arbeitslosigkeit der Eltern oder Überforderung der Eltern, insgesamt ein „anregungsarmes“ Elternhaus,
- ungünstige schulische Bedingungen wie große Klassen, Nichtbeachtung und mangelndes Verständnis, häufiger Wechsel der Lehrkräfte.

Schule und Familie spielen eine wichtige Rolle, Schuldzuweisungen helfen aber nicht weiter: Lesen - und Schreibenlernen hat sich für viele Betroffene irgendwann als nicht sinnvoll erwiesen.

Warum nehmen Erwachsene an solchen Kursen teil?

Teilnehmende geben folgende Gründe an:

- Sie wollen nicht mehr auf die Hilfe anderer angewiesen sein.
- Sie wollen ihren Kindern in der Schule helfen.
- Sie wollen im Arbeitsleben besser bestehen können.
- Sie sind durch Trennung plötzlich auf sich allein gestellt.
- Sie wollen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden.
- Sie wollen endlich auch Zeitungen und Bücher lesen können.
- Sie wollen das Nichtkönnen nicht länger verstecken oder geheim halten.

Wer nimmt die Angebote wahr und welche Erfahrungen liegen bis heute vor?

Die Alphabetisierungskurse haben größtenteils eine multikulturelle **TeilnehmerInnenstruktur**. Die Herkunftsländer der Teilnehmer erstrecken sich von der ehemaligen Sowjetunion über Polen, Palästina, Syrien, Israel bis Afghanistan. Sehr viele Teilnehmer sind Kurden und Türken. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Integration dieser Bevölkerungsgruppen. Aber auch Deutsche mit und ohne Schulabschluss nehmen unsere Angebote wahr.

Eine große Zahl der ausländischen Teilnehmer, besonders unter den Frauen, hat in ihren Heimatländern keine Schule besucht. Sie treffen in unseren Kursen zum ersten Mal auf die Möglichkeit einer Wissensvermittlung im regelmäßig zusammen arbeitenden Gruppenverband und sind reine Analphabeten. Einige Frauen wiederum haben als einzige Schulform für kurze Zeit eine Koranschule kennen gelernt. Von den deutschen Teilnehmern sind die meisten so genannte funktionale Analphabeten, d.h., sie haben im deutschen Schulsystem Buchstaben, z. T. auch das Zusammenziehen von Silben, gelernt. Aber die Schriftsprache beherrschen sie nur rudimentär oder fehlerhaft. Auch das Lesen bereitet ihnen große Schwierigkeiten. Aufgrund großer Schulklassen, verschiedener sozialer Ausgrenzungsmechanismen und der Schwierigkeit von Grundschullehrern, sich mit den z. T. lernbehinderten Schülern einzeln in der erforderlichen Weise auseinander zu setzen, war es diesen Teilnehmern nicht möglich, während ihrer Schulzeit eine ausreichende Schriftsprache zu erwerben. Das führte bei ihnen dazu, vor allem Schriftlichen - im Berufsleben und im privaten Bereich - auszuweichen. Wobei sie im Bewältigen verschiedenster Lebenssituationen in unserem durch Schrift geprägten Kulturkreis erstaunliche Umgehungsmechanismen entwickelten.

Hintergrundinformation zur Situation des Zweiten Bildungsweges bei ARBEIT UND LEBEN und der Volkshochschule Braunschweig, besonders zum Sekundarabschluss I-Bereich

Inhalt:

- 1. Leistungen und Entwicklungstendenzen des Zweiten Bildungsweges**
- 2. Die aktuelle Krise des Zweiten Bildungsweges und ihr Ursachen**
- 3. Daten zur Finanzierung**
- 4. Bildungspolitische Bewertung und Lösungsvorschläge**
- 5. Quellen hinweise und Anmerkungen**

I. Leistungen und Entwicklungstendenzen des Zweiten Bildungsweges

in den letzten 30 Jahren hat sich der Zweite Bildungsweg faktisch zu einem bedeutsamen und integralen Bestandteil des niedersächsischen Bildungswesens entwickelt. Bei Arbeit und Leben und der Volkshochschule Braunschweig melden sich **seit über 25 Jahren mehr als 300 neue Kursteilnehmer/innen in jedem Jahr** zu den Lehrgängen an, die auf den Haupt- und Realschulabschluss und die Hochschulzulassungsprüfung vorbereiten.

Der Bedarf nach schulischer Weiterbildung ist anhaltend. Ca. 10% aller Schüler verlassen in Deutschland ohne Schulabschluss die Schule. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit besteht bei vielen jungen Erwachsenen die Motivation, durch den Erwerb eines höheren Schulabschlusses ihre Berufschancen zu verbessern.

Migranten und besonders deutsche Übersiedler aus osteuropäischen Ländern nehmen seit einigen Jahren zunehmend häufiger an Kursangeboten besonders im Sek. 1-Bereich teil. In zunehmendem Maße werden in den Lehrgängen junge Erwachsene gefördert, die als ehemalige **Schulverweigerer** Probleme mit dem Schulsystem hatten.

In den letzten Jahren deutlich gewachsen ist auch der Anteil von jungen Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen und manifesten psychischen Störungen. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigten aufgrund ihrer emotionalen Probleme in der Schule häufig nur schwache Leistungen, die weit unter ihrem intellektuellen Potential lagen. Viele von ihnen konnten aber mit Hilfe der Kursangebote erfolgreich einen Haupt- und Realschulabschluss erreichen.

II. Die aktuelle Krise des Zweiten Bildungsweges und ihre Ursachen

Ein Lehrgang zum Erwerb des Haupt- oder Realschulabschlusses beginnt in der Regel mit 20 Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Meist nehmen aber nur 10 bis 15 Kursteilnehmer am Ende an der Abschlussprüfung teil, zumeist erfolgreich.

Die Abbrecherquote liegt landesweit gegenwärtig bei ca. 50%!

Diese Zahl spiegelt schwerwiegende pädagogische Probleme der Arbeit im Zweiten Bildungsweg wider.

2 Faktoren beeinflussen gegenwärtig zunehmend negativ die pädagogische Arbeit.

a) Wachsender Lehrermangel

Der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens und die Bildungsvereinigung Ar-

beit und Leben hatten den Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel schon im Februar 2001 in einem Brief darauf hingewiesen, dass auch die Lehrgänge des Zweiten Bildungsweges in Niedersachsen zunehmend unter dem Lehrermangel leiden. Auch für Arbeit und Leben und Volkshochschule gilt: Für die meisten nebenberuflichen Kursleiterinnen und Kursleiter ist die Arbeit in den Schulabschlusskursen aufgrund der viel zu niedrigen Honorare der fehlenden sozialen Absicherung wenig attraktiv. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer arbeiten nicht länger als 2 Jahre bei Volkshochschule und Arbeit und Leben und sehen diese Institutionen nur als Sprungbrett an, um möglichst schnell in den Schuldienst zu gelangen. Nicht ungewöhnlich ist es, wenn auch während eines Lehrgangs mehr als die Hälfte der Dozenten aus dem Lehrerteam ausscheidet, oft auch noch wenige Wochen vor den Abschlussprüfungen. Immer häufiger fallen in einem Lehrgang aus Mangel an Lehrkräften Stunden aus. Aufgrund des Lehrermangels müssen Arbeit und Leben und die Volkshochschule gegenwärtig schon viele Kursbewerber ablehnen.

Die hohe Fluktuation im Kursleiterteam aber auch die fehlende Finanzierung von Lehrerkonferenzen machen die Erarbeitung und Durchführung erwachsenenpädagogischen Konzepte, die auf die besondere Situation der Lehrgangsteilnehmer abgestimmt sind und von allen Dozentinnen und Dozenten getragen werden, unmöglich.

b) Labile und psychisch belastete Kursteilnehmer/innen

Allerorten wird beklagt, dass die Schulen mit den zunehmenden Erziehungsdefiziten und Verhaltensproblemen der Jugendlichen fertig werden müssen. Der bekannte Bielefelder Jugend- und Gesundheitsforscher Prof. Klaus Hurrelmann stellt fest, dass psychosomatische und mentale Störungen bei Kindern und Jugendlichen ständig zunehmen. Bei 15 Prozent der Jugendlichen werden nach Hurrelmann krankhafte Formen des Drogenkonsums beobachtet.(1.) Konflikte mit der elterlichen Familie, Aufmerksamkeitsdefizite, Ängste und depressive Störungen bis hin zur Suizidalität nehmen zu. Die Deutsche Angestelltenkrankenkasse hat diesen Trend bestätigt.(2.)

Noch wenig erkannt und diskutiert worden ist, dass junge Menschen mit diesen psychischen Belastungen in Lehrgängen des Zweiten Bildungsweges besonders im Sekundar I Bereich stark überrepräsentiert sind.(3.)

Dies ist nicht verwunderlich, sind doch diese psychosozialen Beeinträchtigungen der entscheidende Faktor, wenn es –meist in der Pubertät- zum Schulversagen und zur Schulverweigerung kommt. Da diese Gruppe in den Berufsschulen aufgrund der dort vorherrschenden Bedingungen kaum gefördert wird, richtet sich die Hoffnung, Hilfen zum nachträglichen Erwerb eines qualifizierten Schulabschlusses zu erhalten, vielfach auf den externen Abschluss.

Tatsächlich haben Arbeit und Leben und Volkshochschulen prinzipiell durch ihre kommunikativen und weniger anonymen Strukturen besondere Möglichkeiten, auch Menschen mit psychosozialen Problemen in besonderer Weise zu fördern. Leider können sichere und verlässliche menschliche Beziehungen und Unterrichtsstrukturen auch an der Volkshochschule der Stadt Osnabrück aufgrund der Fluktuationen in den Kursleiterteams gegenwärtig immer weniger geboten werden. Unzureichend sind auch die Ressourcen für individuelle psychosoziale Beratung und Begleitung außerhalb des Unterrichts, die viele Lehrgangsteilnehmer dringend brauchen.

Unsichere äußere Lernstrukturen und gesellschaftliche Perspektiven auf der einen Seite und innere persönliche Unsicherheiten und Schwierigkeiten der Kursteilnehmer/innen auf der anderen Seite führen zu einer negativen Dynamik, die vielfach mit dem Abbruch

einer Bildungsmaßnahme endet.

III. Daten zur Finanzierung

Nach Einschätzung des Landesverbandes der Volkshochschulen und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben entstehen den Veranstaltern von Schulabschlusskursen Gesamtkosten zwischen 35 und 70 Euro pro Unterrichtsstunde. **Das Land beteiligt sich über das Erwachsenenbildungsgesetz** je nach Gesetzes- und Haushaltslage mit einem anteiligen Satz von 14,83 €.

Die Finanzhilfe des Landes ist budgetiert.

Die verbleibenden Kosten müssen überwiegend von den kommunalen Trägern übernommen werden.

Die aktuelle Finanzlage der Kommunen lässt es nicht zu, den Zuschuss wesentlich zu erhöhen, um wirkungsvoll auf den zunehmenden Lehrkräftemangel und die erschwerten pädagogischen und sozialen Bedingungen (vg. 2a und b) zu reagieren.

Welche Förderung erhalten im Vergleich hierzu die öffentlichen Schulen?

Ein Schüler staatlicher Schulen wurde in Niedersachsen im Jahre 2001 durchschnittlich mit 4500 Euro gefördert.(4.) Eine überdurchschnittliche Förderung erhalten die Schüler der niedersächsischen Abendgymnasien und Kollegs: Nach Auskunft der Landesregierung erhielten die ca. 1300 Schüler der Abendgymnasien und des Kollegs eine Landesförderung von ca. 6,7 Mio. Euro.(5.) Also wurde ein einzelner Schüler in 2001 mit über 5100 Euro vom Land gefördert.

Demgegenüber gibt das Land für die Teilnehmer des Zweiten Bildungsweges bei Arbeit und Leben und den Volkshochschulen in jedem Jahr weit weniger als 1000 Euro pro Jahr aus!

Ein besonderes Problem ist in jedem Jahr die Finanzierung der staatlichen Schulabschlussprüfungen.

Fazit: Wenn ein Teilnehmer des Zweiten Bildungsweges von der Landesregierung ca. ein Fünftel der Fördersumme erhält, die für einen Schüler öffentlicher Schulen ausgegeben werden und noch nicht einmal für die staatlichen Abschlussprüfungen ausreichende Mittel vorhanden sind, beweist dies eine krasse Unterfinanzierung und Unterbewertung des Zweiten Bildungsweges.

IV. Bildungspolitische Bewertung und Lösungsvorschläge

Der Zweite Bildungsweg ist unbestritten ein mittlerweile traditionelles Element in der Bildungslandschaft. Er teilt mit den öffentlichen Schulen den Bildungsauftrag, das geistige Potential der Menschen zu entwickeln, das Zusammenleben und Zusammenwachsen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu fördern und im Sinne von Chancengleichheit Personen besonders zu unterstützen, die durch biographische, milieu- und sprachspezifische Barrieren benachteiligt sind. Dieser Auftrag war bislang unbestrittener Konsens und ist im Februar 2002 auch von der Landesregierung bekräftigt worden.(7.)

Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann Arbeit und Leben und die Volkshochschule diesem Auftrag immer weniger gerecht werden. **Die hohe Abbruchquote in den Kursen darf aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen nicht länger hingenommen werden.** Die

Arbeitssituation und die Lernbedingungen der Kursteilnehmenden und Kursleitenden sind aus Sicht von Arbeit und Leben und der Volkshochschule nicht mehr verantwortbar. Die schwierige soziale und pädagogische Situation in den Lehrgängen des Zweiten Bildungsweges insbesondere im Sekundarabschluss I Bereich, die entscheidend durch die krasse Unterfinanzierung der pädagogischen Arbeit, Lehrkräftemangel, Fluktuation der Lehrkräfte, die Zusammenballung psychosozial beeinträchtigter und schwieriger Kursteilnehmer/innen aus ganz unterschiedlichen Kulturen und fehlende psychosoziale zusätzliche Beratungsangebote verursacht ist, fordert schnelles Handeln.

Arbeit und Leben und die Volkshochschule fordern von der neuen Landesregierung dringend Maßnahmen, die der Stabilisierung der Kurse dienen und die pädagogische Qualität wieder erhöhen.

Da es aufgrund der gegenwärtigen Finanzlage der öffentlichen Haushalte unrealistisch wäre, die Umwandlung aller nebenberuflichen Kursleiterstellen in hauptberufliche Stellen für Weiterbildungslehrer für die nächste Zukunft zu fordern, **sollte mindestens jeder Lehrgang im Sekundarbereich I einen fest angestellten Weiterbildungslehrer haben.**

Diese Lehrkräfte sollten eine Klassenlehrfunktion haben und auch für psychosoziale Beratungstätigkeiten qualifiziert sein. Sie böten den Kursteilnehmenden ein Stück Verlässlichkeit und Sicherheit und könnten einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion der Kursabbrüche leisten.

Die Landesregierung sollte bereit sein, spätestens zum Schuljahr 2003/2004 diese Lehrkräfte zu finanzieren. Verschiedene Finanzierungsmodelle sind denkbar. Eine Möglichkeit ist, für eine vorübergehende Versuchsphase Lehrkräfte öffentlicher Schulen an die Bildungsträger abzuordnen. Diese Professionalisierung sollte mittelfristig stufenweise weiterentwickelt werden. Langfristig sollte unter Berücksichtigung der Finanzlage des Landes ein Modell angestrebt werden, in dem die Hälfte der Unterrichtsarbeit von festangestellten Weiterbildungslehrern, die andere Hälfte weiterhin von frei- und nebenberuflichen Lehrenden geleistet wird.

Nach diesem Modell würde der Zweite Bildungsweg immer noch weit kostengünstiger als die staatlichen Schulen arbeiten. Die Finanzierung einer nur begrenzten Zahl von Weiterbildungslehrern würde die Effektivität und Qualität der Kurse in hohem Maße verbessern.

V. Quellenhinweise und Anmerkungen

1. Klaus Hurrelmann: Seele in Not: Kindsein in Deutschland. Psychosomatische und mentale Störungen bei Kindern und Jugendlichen nehmen zu. In: Publik-Forum, 8/2002, S. 8f.
2. Bericht in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 03.06.2002
3. Dieser Satz beruht auf 15-jährigen Beobachtungen des psychodiagnostisch und psychotherapeutisch qualifizierten Fachbereichsleiters des Zweiten Bildungsweges der VHS Osnabrück, bedarf aber für eine Generalisierung weiterer empirischer Überprüfung.
4. Statistisches Bundesamt laut „Der Spiegel“ Nr. 23/2002, S. 68
5. Antwort der Landesregierung vom 11.02.2002 auf die Kleine Anfrage der Abg. Frau Litfin (Grüne) vom 30.10.2001
6. RdErl. d. MK v. 11.10.2001 (SVBI 12/2001, S. 500)
7. Antwort der Landesregierung a.a.O.

Detlev Pischel-Zaremba
ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e. V.

Haupt- und Realschulkurse in Wolfsburg gefährdet!

Marko H.* atmete erst einmal tief durch. Soeben hatte der Richter am Amtsgericht seine Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Doch dann kam es dicke: Mit diesem Urteil war die Auflage verbunden, den Hauptschulabschluss nachzuholen. Wie Marko H. geht es vielen Menschen: Sie werden wegen Drogenerfahrungen als sozial nicht integrationsfähig eingestuft, sie sind junge Mütter, die besondere Unterrichtszeiten wegen der Kinderbetreuung benötigen, sie wurden straffällig oder drogenabhängig. Eines haben sie alle gemeinsam. Sie sind ohne den für ihren Wunschausbildungsplatz notwendigen Schulabschluss aus dem Schulsystem ausgeschieden.

Am „Runden Tisch sozialer Verantwortung“ der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN in Wolfsburg wurden diese Probleme 1997 auf die Tagesordnung gesetzt. Gepaart war diese Diskussion mit der Analyse, weshalb so viele junge Menschen die noch offenen Stellen im Handwerk nicht besetzen können. Ein wichtiger Punkt war schnell ausgemacht: die Jugendlichen besaßen nicht die erforderlichen Schulabschlüsse und das bisherige Angebot im Abendbereich konnte oft wegen der familiären Situation nicht in Anspruch genommen werden.

Die teilnehmenden Institutionen forderten als Ergebnis ARBEIT UND LEBEN auf, Schulabschlusskurse in Tagesform anzubieten. Bereits am 01. September 1997 starteten dann die ersten 18 TeilnehmerInnen ihren Hauptschulabschlusskurs. Die Nachfrage stieg nach bekannt werden dieses Lehrgangs so an, dass schon nach einem Halbjahr im Februar der 2. Kurs begonnen werden musste. Im Herbst 1998 startete neben dem 3. HSA – Kurs der 1. Realschulabschluss – Lehrgang und bis heute haben auf diesem Wege 129 TN einen HSA – und 138 TN einen RSA – Kurs nicht nur besucht, sondern auch erfolgreich abgeschlossen.

In diesen Zahlen sind enthalten: 53 weibliche TN erwarben den HSA – und 50 den RSA – Abschluss, 33 Ausländer und 19 Spätaussiedler erreichten den HSA –, 36 Ausländer und 22 Aussiedler den RSA – Abschluss.

Dieses Bildungsangebot für Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchende droht nun eingestellt zu werden: die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN steht in der Finanzierung ihrer Schulabschlusskurse vor dem Aus. Während das Land Niedersachsen die Mittel für die Erwachsenenbildung weiter deckelt, sieht die Kommune keinen Bedarf, dieses Angebot zu fördern.

Bisher war es deshalb nicht möglich, auf die jetzt schon erfolgten ca. 32 Anfragen eine definitive Zusage zum Start der nächsten Kurse zu machen. Den überschaubaren Kosten für jährlich etwa 1100 Unterrichtsstunden pro Kurs stehen demnächst wieder die nicht überschaubaren aber um ein vielfach Höheres an sozialen Kosten gegenüber.

Marko H. atmet schon wieder tief durch: nach bestandener Prüfung und der Zusage eines Ausbildungsplatzes ist ihm der Knast und die damit verbundene Sozialisation erspart geblieben. Offen bleibt seine Frage: „Warum sollen andere diese Chance nicht erhalten?“

*Name von der Redaktion geändert

Hermann Ciach
ARBEIT UND LEBEN, Wolfsburg

Bildungsurlaub - nachgefragt

Wer Bildungsurlaub sagt, kann nicht verhindern, dass an Urlaub gedacht wird!

Wer Urlaub denkt, meint in der Regel die zeitweilige Befreiung von fremdbestimmter Arbeit.

In der landläufigen Meinung bedeutet sich zu bilden, die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art und ist damit nicht Arbeit, sondern Teil der privaten Freizeitgestaltung, wie der Urlaub auch Teil des Privatlebens zu sein scheint.

Sich zu bilden bedeutet aber im Wortsinn bereit zur Selbstgestaltung zu sein und damit auch aktiv die eigenen und gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge zu beeinflussen. Gesellschaftliche Gestaltungsaufgaben wahrzunehmen ist für die "Gebildeten" in "höherwertigen" Berufen neben einem hohen Maß an Selbstverfügung selbstverständlicher Teil der Arbeitswelt. Es war das Ziel der Bildungsoffensive in den 70er Jahren auch den so genannten "Bildungsbenachteiligten" die notwendigen Frei- und Spielräume für eine solche Gestaltungsarbeit zu eröffnen.

Der Begriff Bildungsurlaub bleibt zweischneidig. Einerseits spricht er die unterdrückte Sehnsucht nach Befreiung an und bedient gleichzeitig entgegen gerichtete Vorurteile. Die Wortwahl und Tendenz eines Artikels in der HAZ vom 28. Juli 2001 zeigt dies in aller Deutlichkeit. Da ist die Rede von "zehntägiger Auszeit, Extrurlaub, Weiterbildungszeit, dem Fröhen kultureller Interessen" natürlich alles zu hohen Kosten für die gebeutelten Unternehmen, die mit hohen Zusatzkosten Ersatzarbeitskräfte bezahlen müssen, "... weil Arbeit auf dem Schreibtisch liegen bleibt oder weil der Personalplaner umdisponieren muss." Dieser beklagenswerte Kostenfaktor kann allerdings, folgt man anderen Aussagen des Verfassers, so groß nicht sein, denn: "... bei den Beschäftigten selbst stößt der Extrurlaub derweil auf wenig Gegenliebe ... trotz des breiten Anbieterspektrums erfreut sich die Weiterbildungszeit keiner großen Nachfrage ... nur einer von hundert Mitarbeitern in Deutschland konnte sich zuletzt für die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung erwärmen."

Zum guten Schluss wird lobend erwähnt, dass "Auch politische Themen in letzter Zeit in den Hintergrund (rücken); immer öfter wählen die Teilnehmer Kurse, die einen Bezug zum Job erkennen lassen..." Dies ist selbstverständlich ganz im Sinne einer (un)heiligen Allianz von ArbeitnehmerInnen und ihren Arbeitgebern, haben die Unternehmen doch "... allein im Jahr 1998 freiwillig 34,3 Milliarden DM in die Köpfe ihrer Mitarbeiter investiert."

Ein solch tendenziöser Artikel bedürfte eigentlich keines Kommentars von unserer Seite, wenn er nicht einen wachsenden Trend in der Erwachsenenbildung hin zur rein technokratischen Wissensvermittlung widerspiegeln würde.

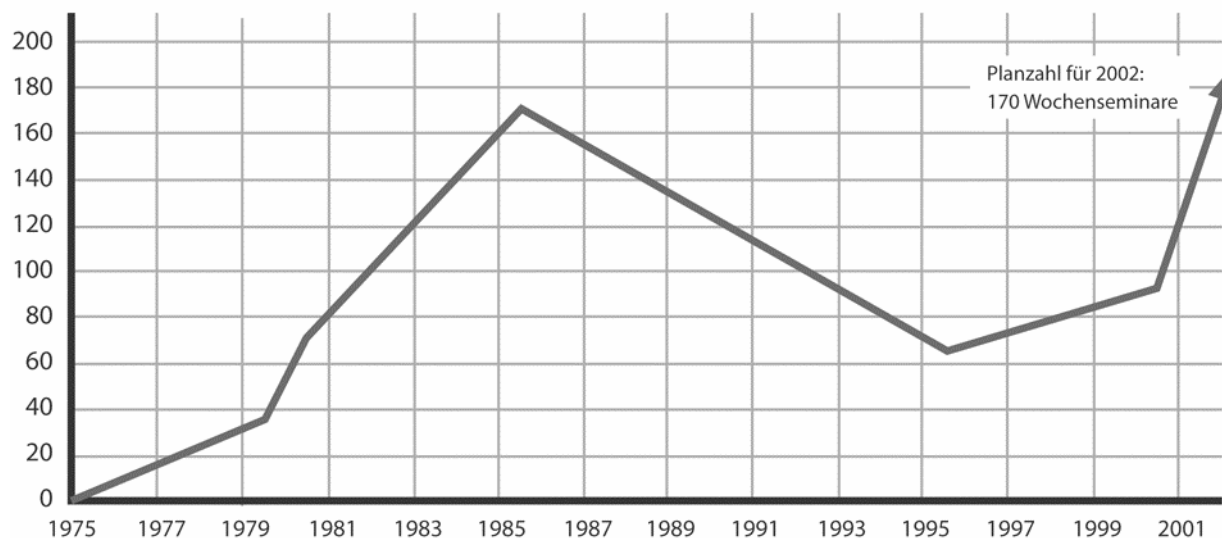
Die Hoffnung auf eine Marginalisierung des politisch-kulturellen Bildungsurlaubs im kurzfristigen Interesse einiger Unternehmer war der Vater des Artikelgedankens des Journalisten IW.

Im Folgenden wird zu zeigen sein, dass die offene Form des Bildungsurlaubs bei ARBEIT UND LEBEN in Wolfsburg sehr lebendig ist und sehr wohl in ihrem hohen Stellenwert als freigestellte Zeit für selbst- und mitbestimmende Arbeit am anderen Ort anerkannt wird. Sowohl die Entwicklung der Zahlen seit der Verabschiedung des Bildungsurlaubsgesetzes in Niedersachsen im Jahre 1974 als auch die aktuellen Diskussionen um Programme und Inhalte vor Ort belegen dies.

Krise als Chance zur Veränderung

Bis 1977 nahmen vorrangig Betriebsräte, später betriebliche Vertrauensleute der Gewerkschaften, ihr Recht auf Bildungsurlaub in Anspruch. Der kontinuierliche Anstieg der Anzahl durchgeführter Seminare wurde durch die Übernahme aller entstehenden Kosten der damaligen Landesregierung bis zum Jahre 1980 wesentlich gefördert. Eine Hemmschwelle gegenüber der Bildung war abgebaut worden.

Die Anzahl der durchgeführten BU-Wochenseminare seit 1975 bei ARBEIT UND LEBEN Wolfsburg



Die Grafik zeigt im Jahr 1985 mit 170 durchgeführten Seminaren einen Höhepunkt der Inanspruchnahme des Angebotes. Der Rückgang innerhalb von 10 Jahren von 1985 bis 1995 auf nur 66 Bildungsurlaubsseminare verlief mit einer gewissen Verzögerung zeitgleich zu den drastischen Kürzungen der EBG-Mittel. Um die klaffenden Finanzlöcher stopfen zu können, musste die Kostenbeteiligung für die TeilnehmerInnen bis an die Schmerzgrenze erhöht werden.

Gleichzeitig musste sich ARBEIT UND LEBEN als Bildungseinrichtung mit dem besonderen Profil der Ausrichtung an den Interessen der ArbeitnehmerInnen neuen inhaltlichen Herausforderungen stellen. Es galt Tendenzen in der Erwachsenenbildung entgegenzuwirken, die (damals wie heute) stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt sind und in deren Mittelpunkt der "verwertbare" Qualifikations- und Informationserwerb steht. Soziale, gesellschaftskritische und solidaritätsfördernde Dimensionen der Arbeit in den Bildungsurlaubsseminaren drohten vernachlässigt zu werden oder ganz verloren zu gehen. (Vgl.: AuL Nds., Geschichte und Standort, 1998, S. 114)

Sich dieser Herausforderung zu stellen hieß:

- die Gründe für die Talfahrt zu analysieren;
- die Themen und die ihnen zu Grunde liegenden Konzepte zu überprüfen;
- das eigene Bildungsverständnis zu hinterfragen;
- Bewährtes zu sichern;
- Neues zu entwickeln ohne das eigene Profil zu verleugnen oder zu verwässern.

Es bedeutete auch neue Zielgruppen zu erschließen und die Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der TeilnehmerInnen mit ihnen gemeinsam zu erkunden und in neue Programme einfließen zu lassen. Wir haben die Krise des Bildungsurlaubs als Chance verstanden und unsere Seminarinhalte auf der Grundlage des traditionsreichen Selbstverständnisses von ARBEIT UND LEBEN als gewerkschaftlicher Bildungseinrichtung neu formuliert.

Inzwischen umfasst das Bildungsurlaubsangebot 55 verschiedene Themen aus relevanten gesellschaftlichen Bereichen. Im Jahr 2001 wurden acht Seminarkonzepte für den Bereich der politisch-kulturellen Bildung neu entwickelt. Sowohl die wieder steigenden Seminarzahlen (s. Grafik) als auch die Untersuchungsergebnisse des agis-Forschungsprojektes der Universität Hannover über die Entwicklung des Bildungsurlaubs bei ARBEIT UND LEBEN in Niedersachsen aus dem Jahr 1999 bestätigen positiv, dass unsere Angebote von den Menschen angenommen werden.

Dazu trägt neben verstärkten Werbeaktivitäten die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei; z. B. macht eine sehr aktive Arbeitsgruppe engagierter IG Metall Vertrauensleute mit phantasievollen Aktionen bei öffentlichen Veranstaltungen wie Betriebsversammlungen auf die Bildungsurlaubsseminare aufmerksam.

Insgesamt werden wir 2001 wieder annähernd die außergewöhnlich hohe Zahl von 170 durchgeführten Seminaren des Jahres 1985 erreichen. Allerdings muss die Menge der durchgeführten Seminare

in Bezug auf die Anzahl der Personen relativiert werden. Durchschnittlich waren es bis 1985 17 TeilnehmerInnen. Zur Zeit sind es im Schnitt 13, mit steigender Tendenz.

Anspruch an den Bildungsurlaub

Der Umbau der Industrie- zur Informationsgesellschaft stellt erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeiten und die Qualifikationen der Menschen. Die Flexibilisierung und Verdichtung von Arbeitsinhalten wie Arbeitszeiten schränken die gemeinsam verfügbare Zeit und Kraft für gesellschaftlich und politisch notwendige Lern- und Planungsarbeiten ein. Die individuellen und die gesellschaftlichen Unsicherheiten wachsen. Umso notwendiger ist es, die Möglichkeiten des Bildungsurlaubs nicht nur zu erhalten, sondern sie auszubauen und zu erweitern.

In einer Gesellschaft, deren "Credo" Innovation und Beschleunigung zu sein scheint, müssen individuelle und gesellschaftliche Kompetenzen ständig neu erworben werden, um als "homo politicus" solidarisch handlungsfähig zu sein. Die Informationsgesellschaft hat einen anderen Arbeitsbegriff als die Industriegesellschaft. Die "Globalisierung" fordert neue Ausdrucks-, Organisations- und Widerstandsformen. Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Kulturen haben das Recht und die Pflicht, sich an der Entwicklung von konkreten Utopien und Visionen für eine lebenswerte, gerechte und solidarische Welt zu beteiligen.

Ein Bildungsurlaub motiviert dazu, das Recht und die Pflicht auf die Mitgestaltung der Lebensumstände engagiert und selbstbewusst wahrzunehmen.

Der Bildungsurlaub so begriffen, wird zum offenen Forum des Austauschs über Unterschiede und der Verständigung über Gemeinsamkeiten in zentralen Fragen des menschlichen Lebens,

- ein Ort, von dem aus Positionen neu bestimmt werden, weil die Perspektive wechselt;
- ein Ort, von dem Suchbewegungen in die Arbeits- und Lebenswelt getragen werden können;
- ein Frei- und Spielraum, in dem Utopie Platz gewinnt.

Für die abhängig Beschäftigten am Standort Wolfsburg haben sich die politisch-kulturellen Bildungsurlaubsseminare als Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und als soziale Experimentierfelder bewährt. Zudem waren sie nicht selten Ausgangspunkte für verantwortliches Engagement in gesellschaftspolitischen und gemeinnützigen Arbeitsfeldern.

In jedem Fall sind Bildungsurlaube, ob ambulant oder stationär, immer gemeinsame Gedanken- und Ideenreisen im Finden von Antworten auf zentrale Fragestellungen, für das im heutigen Lebensalltag häufig nicht mehr genügend Raum verbleibt.

Wir haben bereits festgestellt, dass ARBEIT UND LEBEN Wolfsburg es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Reflektionsort Bildungsurlaub nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen.

Die Bereitschaft der ReferentInnen und der Geschäftsstelle ihre Kräfte für dieses Ziel einzusetzen sowie die Bereitschaft von Institutionen und TeilnehmerInnen an dieser Herausforderung aktiv mitzuarbeiten reichen jedoch langfristig nicht aus. Sowohl die finanzielle als auch die ideelle Unterstützung der politisch Verantwortlichen ist hierfür dringend erforderlich.